

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

38. Jahrgang / 161

24. August 1983

Herta Däubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, schildert, wie die Mutterschaftsgeld-Diskussion die Politik der Union entlarvt: Der "Charme" ist hin. Seite 1

Der "Charme" ist hin

Die Mutterschaftsgeld-Diskussion entlarvt die Politik der Union

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Günter Verheugen MdB erinnert an den 10. Todestag von Karl-Hermann Flach: Die Idee ist und bleibt unverzichtbar. Seite 3

Noch vor wenigen Monaten stellte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger fest, daß Verlässlichkeit den Charme einer konservativen Regierung ausmache. Der "Charme" scheint der Regierung spätestens in der Sommerpause vollends abhanden gekommen zu sein.

Karl Weinhofer MdB über Herrn Cronenberg und die Prinzipien des demokratischen und sozialen Bundesstaates. Seite 4

Die Rechtskoalition bietet ein Bild völliger Zerrissenheit. Den konkreten Anlaß liefern die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen des Mutterschaftsgeldes - eine extreme frauen- und familienfeindliche Entscheidung, die von Sozialdemokraten uneingeschränkt abgelehnt wird. Je näher aber die nächste Bundesratssitzung rückt, auf der die Haushaltsbegleitgesetze im ersten Durchgang beraten werden sollen, desto lautstärker wird der Streit um das Mutterschaftsgeld im Unionslager ausgetragen:

Hermann Scheer MdB weist Reagans Chamberlain-Außerung zurück: Nicht eine Friedensbewegung, sondern Politik der Stärke herrschte 1938/39. Seite 6

- Das Land Bayern lehnt die Kürzungen des Mutterschaftsgeldes rundum ab;

Wolfgang Clement sieht den Streit Lambdorff/Strauß zwischen Ehrabschneidung und Lächerlichkeit: Koalition auf "BILD"-Niveau. Seite 7

- CDU-Ministerpräsident Späth schlägt eine einkommensabhängige Kürzung des Mutterschaftsgeldes vor, ohne diese allerdings zu präzisieren;

Horst Peter MdB stellt fest, daß sich Alfred Dregger als willfähriger Aufrüster erweist: Andropow ante portas? Seite 8

- der CDU-Fraktionsvorsitzende Dregger will an dem um 1.200 Mark gekürzten Mutterschaftsgeld festhalten und lediglich den zur Verfügung stehenden Betrag von drei auf vier Monate strecken: Das entspricht einem monatlichen Verdienstaufschlag von 450 Mark;

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Fremdverlag  
Wissenschaftliche Buchverlag  
Acetate-Papier



- der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, Höpfinger unterbreitet als Mutterschaftsgeldkompromiß viermal 600 DM anstelle der jetzigen viermal 750 DM;
- CDU-Ministerpräsident Garschel verklausuliert sein Nein durch ein "JEIN" - er will die Zustimmung Schleswig-Holsteins zu den Kürzungen von so vielen Bedingungen abhängig machen, daß praktisch ein "Nein" dabei herauskommen muß;
- Bundesfinanzminister Stoltenberg schließlich will über konkrete Ausgestaltungen mit sich reden lassen, wenn das vorgesehene Sparvolumen dabei nicht angetastet wird;
- die FDP-Politiker Mischnick, Genscher und Lambsdorff hingegen verteidigen die Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung zum Mutterschaftsgeld und beharren kompromißlos auf ihrer familienfeindlichen Einstellung.

Unionspolitiker, die allenfalls am Rande mit Familienpolitik befaßt sind, überbieten sich geradezu im Schattenboxen eines politischen Sommertheaters.

In der familienpolitischen Kontroverse vermissen wir allerdings sehr die Stellungnahme jener Politiker, die in der Sache zuständig sind: Heinrich Geißler, in dessen Ressort die Belange der Frauen angesiedelt sind, erweckt nur den Anschein, als setze er sich für Frauen ein. Wenn politisches Handeln oder wie jetzt die Verteidigung des Mutterschaftsgeldes gefragt ist, schweigt sich Herr Geißler aus. Sein Kabinettskollege Norbert Blüm reist mit schönen Worten wie mehr Mütterlichkeit durch die Lande und kürzt gleichzeitig den Mutterschaftsurlaub, der ArbeitnehmerInnen erst in die Lage versetzt, vier Monate lang "mehr Mütterlichkeit" ihrem neugeborenen Kind zuzuwenden zu können.

Bundeskanzler Kohl läßt die Dinge treiben und nichts von sich in dieser für Frauen und Familien so wichtigen Frage hören. Zwar versäumt er nie, die gesellschaftlichen Leistungen der Mütter und die Bedeutung der Familien anerkennend hervorzuheben - auf die entsprechenden politischen Taten warten wir freilich vergebens. Die Diskrepanz zwischen dem familienideologischen Anspruch und der tatsächlich betriebenen Politik ist bei dieser Regierung unübersehbar, von dem von ihr produzierten Chaos ganz zu schweigen. Mit familienpolitischen Phrasen allein wird keiner Mutter und keinem Kind in diesem Lande geholfen.

(-/24.8.1983/ks/ca)

+ + +



Die Idee ist und bleibt unverzichtbar  
-----

Gedanken zum 10. Todestag von Karl-Hermann Flach

Von Günter Verheugen MdB

Die zehnte Wiederkehr des Todestages von Karl-Hermann Flach am 25. August 1973 mag leicht zu melancholischen Gedankengängen der Art verleiten, was wohl geschehen wäre, wenn dem damaligen Generalsekretär der F.D.P. ein längeres Wirken vergönnt gewesen wäre. Welche Entwicklung hätte der deutsche Liberalismus genommen, welche die F.D.P., welche die deutsche Politik überhaupt? Einer solchen Versuchung sollte man widerstehen: Auch wenn es gewiß geschehen wird, ist es politisch und intellektuell unredlich, Karl-Hermann Flach als Kronzeugen für Entscheidungen zu benennen, die lange nach seinem Tod zu treffen waren.

Man darf auch einer anderen Versuchung bei diesem Anlaß nicht erliegen: Keiner kann einen Monopolanspruch auf das geistige Erbe dieses liberalen Voraus-Denkens erheben. Dieses Erbe, das wohl nicht als gesicherter Besitz, sondern als Verpflichtung zur Weiterarbeit in seinem Geist zu verstehen ist, gehört allen Liberalen, gleichgültig, in welcher politischer Formation sie für ihre Überzeugung kämpfen.

Obwohl Karl-Hermann Flach nur eine kurze Zeit in der aktiven Politik gewirkt hat, ist die Erinnerung an ihn in dem Jahrzehnt nach seinem Tod nicht verblaßt. Warum? Er war eine Ausnahmeerscheinung in der zur Kastenbildung neigenden "politischen Klasse" der Bundesrepublik. Nicht nur, was er geschrieben und getan hat, sondern sein Charakter, seine Persönlichkeit erklären die dauerhafte Faszination. Alle, die mit Flach zu tun hatten, bestätigen - zum Teil vielleicht widerwillig - als seine wichtigste Eigenschaft seine Glaubwürdigkeit, Offenheit und Toleranz.

Karl-Hermann Flach ist zu sehen in der Tradition der deutschen Aufklärung. Er diskutierte Ideale nicht mit kalter Vernunft weg, sondern er trat für Ideale ein, weil sie vernünftig waren. Sein Ideal war ein alter Menschheitstraum: Das Zusammenleben der Menschen als freie und gleiche Individuen in politischer und sozialer Gerechtigkeit.

Karl-Hermann Flach hat, hierin ein später Nachfahre von Friedrich Naumann, im Liberalismus den "dritten Weg" zwischen konservativen und marxistischen Ideologen gesucht. Die geistige Nähe zur deutschen Sozialdemokratie, auf die seine Sozialismuskritik (wie er wohl wußte) nicht zutraf, hat er nie geleugnet. Er hielt aber eine unabhängige - und das heißt: von den mächtigen Gruppen unabhängige - liberale Partei für notwendig, um freiheitliche und fortschrittliche Politik verwirklichen zu können.

Koalitionen waren für Flach kein Dogma, aber er sah zu seinen Lebzeiten keine vertretbare Alternative zur sozialliberalen Koalition. Die liberale Partei als Teil eines "Bürgerblocks" war ihm zuwider. Darum hatte er sich nach 1961 für viele Jahre aus der aktiven Parteipolitik zurückgezogen. Er war einer der wichtigsten Wegbereiter der sozialliberalen Koalition und später ein Garant für ihren Bestand. Um das werden zu können, mußte er den deutschen Liberalismus auf die Höhe der Zeit bringen. Er entlarvte die totale Gleichsetzung von Liberalismus und besitzbürgerlicher Interessenpolitik. Unbefangen sprach und schrieb er von einer "liberalen Volkspartei", kategorisch verneinte er, daß der Liberalismus eine bestimmte (die kapitalistische) Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorschreibe, kompromißlos wollte er liberale Politik an ihrem Eintreten für die bürgerlichen Freiheiten und die Rechte von Minderheiten gemessen sehen, und stets pochte er darauf, daß sich ein Liberaler niemals darauf berufen dürfe, daß der Zweck die Mittel heilige.

Vielleicht ist es so, daß Karl-Hermann Flach für jeden, der sich mit ihm beschäftigt, etwas anderes bedeutet. Er war ja kein Prinzipienreiter und wußte, daß politische Ziele stufenweise, in abgesicherten Einzelschritten verfolgt werden müssen. Wesentlicher als diese taktische Seite, auf die sich berufen mag, wer will, ist die Idee eines fortschrittlichen, an den tatsächlichen Bedürfnissen der großen Zahl der Menschen nicht achtlos vorübergehenden Liberalismus. Diese Idee ist und bleibt unverzichtbar. Sie braucht Macht zu ihrer Realisierung, aber sie kann nicht den Opportunitäten der Machtausübung und Machterhaltung zum Opfer gebracht werden. (-/24.8.1983/ks/ca)

Verfassungsrechtliches Schmierentheater  
-----

Herr Cronenberg und die Prinzipien des demokratischen und sozialen Bundesstaates

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Alle Jahre wieder entdeckt die FDP die Verfassung. Diesmal ist Herr Cronenberg darüber gestolpert. Aber es ist nicht die Verletzung der Souveränität der Bundesrepublik durch die mögliche Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen, die er für verfassungsrechtlich bedenklich hält, es ist auch nicht die Einschränkung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit durch die geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts - für Herrn Cronenberg geraten Grundpfeiler unseres Verfassungssystems durch einen sozialpolitischen Vorschlag ins Wanken. Er hält es für verfassungswidrig, wenn im Sinne eines Vorschlags des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth Mutterchaftsgeld nur noch an die sozial Schwachen gezahlt würde.

Einmal abgesehen von der Glaubwürdigkeit dieses Vorschlags - hier offenbart sich ein eigenartiges, um nicht zu sagen vordemokratisches Verfassungsverständnis. Da er ihn nicht zu kennen scheint, zitieren wir für Herrn Cronenberg noch einmal Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz (GG): "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Dieser Grundsatz gehört zu den nach Artikel 79 Absatz 3 GG unveränderbaren Verfassungsbestimmungen.

Für die FDP des Jahres 1983 existiert allerdings die soziale Komponente dieses Verfassungsauftrags nicht mehr. Gestreng nach den Theorien des Wirtschaftsliberalismus aus dem vorigen Jahrhundert vertritt sie das Spiel der freien Kräfte, in dem sich der Stärkere durchsetzt, der Schwache keinen Anspruch auf solidarische Hilfe hat. Um es mit den Worten seines Kollegen Lambsdorff etwas "moderner" auszudrücken: Man setzt auf die "Selbstreinigungskräfte des Marktes". In einem solchen Konzept ist natürlich kein Platz für sozialstaatliches Denken. Da man sich für eine derartige Politik aber schlecht alleine auf Margaret Thatcher berufen kann, wird in unzulässiger Weise die Verfassung bemüht.

Aber sehen wir uns das Problem einmal etwas genauer an: Die von Herrn Späth vorgeschlagene Regelung stellt nämlich zunächst im Grundsätzlichen nichts anderes dar, als die Koppelung einer staatlichen Leistung an Einkommensgrenzen. Wenn Herr Cronenberg dies bereits für verfassungswidrig hält, so kippt er damit das gesamte Gefüge unseres sozialen Sicherungssystems, das in weiten Teilen auf genau diesem Prinzip aufbaut. Dabei ist es ihm übrigen gleichgültig, ob es sich um Maßnahmen der alten oder der neuen Koalition handelt (die FDP war eh immer dabei).

Für den angedrohten FDP-Gang nach Karlsruhe wären dann - der Einfachheit halber - am besten gleich folgende Problemfelder mitzuerledigen:

- Das Bundesausbildungsförderungsgesetz sieht Zahlungen (egal ob endgültig oder als Darlehen) nur vor, wenn das Einkommen der Eltern des Studenten oder Schülers eine bestimmte Höhe nicht übersteigt.  
Verfassungswidrig, Herr Cronenberg?



- Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe werden nur geleistet, wenn das Einkommen und Vermögen unter bestimmten Grenzen liegt. Verfassungswidrig?
- Wohngeldzahlungen sind an Einkommensgrenzen gekoppelt. Verfassungswidrig?
- Die neue Koalition hat gerade im Rahmen des Bundeshaushalts 1983 das Kindergeld für Höherverdienende teilweise gestrichen. Verfassungswidrig?

Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.

Nun sind sicherlich Herr Cronenberg und mit ihm die anderen verantwortlichen Politiker der FDP zu klug, um die Axt an all diese sozialen Leistungsgesetze in noch stärkerem Maße als bisher zu legen. Das jetzige Spektakel hat einen ganz anderen Hintergrund. Lambsdorff, Genscher und Cronenberg müssen zumindest verbal ihrem Klientel (die Besserverdienenden in freien Berufen und Wirtschaft) die Stange halten. Wenn hinterher Abstriche zu machen sind, waren es dann "unumgängliche Kompromisse".

Späth, Strauß und andere in der Union sind ihrerseits weit entfernt davon, plötzlich die Interessen des kleinen Mannes und der Arbeitnehmer zu entdecken beziehungsweise vertreten zu wollen. Wer jetzt bei den Streichungen des Mutterschaftsgeldes sein soziales Gewissen entdeckt, vorher aber mit den gesamten riesigen Umverteilungsmaßnahmen zu Lasten der Kleinen in den Haushaltsgesetzen einverstanden war, betreibt nichts als Sozialdemagogie.

Aber dieses Schmierentheater hat schon seinen Sinn: Es stehen Landtagswahlen in Hessen und Bremen bevor. Während die CDU hofft, mit diesem sozialen Gepfänkel Arbeitnehmerstimmen auf sich zu ziehen beziehungsweise zu halten, kann sich die FDP demgegenüber als eigenständige politische Kraft profilieren, die so überhaupt nur eine Existenzberechtigung neben der Union suggerieren kann.

Herr Späth wird zeigen müssen, wie ernst es ihm wirklich mit seiner neuentdeckten sozialen Ader ist. Herrn Cronenberg möchte man dann den Gang nach Karlsruhe wünschen, damit er die Prinzipien des "demokratischen und sozialen Bundesstaates" endlich kennenlernt.

(-/24.8.1983/ks/ca)

+ + +



Reagan liegt schief  
-----

Nicht eine Friedensbewegung, sondern Politik der Stärke herrschte 1938/39

Von Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der jüngsten Äußerung Präsident Reagans, daß die Friedensbewegungen in westlichen Demokratien vergleichbar seien mit den Beschwichtigungsbemühungen Chamberlains 1938, ist von ihm derselbe unhaltbare Vergleich angestellt worden, wie es vor kurzem der CDU-Generalsekretär Geißler tat. Reagan unternimmt den offenkundigen Versuch, die Friedensbewegung als eigentliche Friedensgefahr zu diskriminieren. Nicht die gefährlichste Rüstungseskalation der Weltgeschichte durch immer mehr atomare Massenvernichtungswaffen gefährdet nach Reagan den Frieden, sondern die Bemühungen von immer mehr Menschen, diesen Rüstungswettlauf zu stoppen.

Der amerikanische Präsident sagt in aller Offenheit, daß er allein durch eine Politik der Stärke die Möglichkeit zur Friedenserhaltung sieht. Wenn man aber einen Vergleich mit den Vorkriegsjahren 1938/39 ziehen darf, dann den, daß mit einer Politik der Stärke, des Auftrumpfens und Aufrüstens Frieden nicht gesichert werden kann. 1938/39 war es Hitler, der unter anderem eine Politik der Stärke betrieb. Der britische Premierminister Chamberlain war kein Anhänger irgendeiner Friedensbewegung, sondern ein Konservativer, der sich durch Zugeständnisse an Hitler erhoffte, das Nazi-Deutschland gegen die Sowjetunion einspannen zu können. Die Beschwichtigungspolitik Chamberlains war somit Bestandteil einer ideologischen Machtpolitik.

Heute geht es genau um das Gegenteil: Endlich davon wegzukommen, weltweite ideologische Konflikte ausgerechnet mit dem Faustpfand nuklearer Waffen austragen zu wollen. Es ist mehr als besorgniserregend, wie oberflächlich und leichtfertig sich Reagan mit den Protesten gegenüber Atomwaffen, den Geiseln der Menschheit, auseinandersetzt. So absurd seine Vergleiche der Friedensbewegungen mit den Bedingungen vor dem Zweiten Weltkrieg sind, so beängstigend ist es, Konservative dieser Denkungsart in Washington und auch in Bonn an den Schalthebeln der Regierungsmacht sitzen zu sehen. Die Situation wird keineswegs dadurch besser, sondern noch schlimmer, wenn man diese Denkungsart gleichzeitig bei sowjetischen Machthabern feststellen kann. Eine Politik der Stärke und nuklearen Aufrüstung schwächt sich nicht dadurch ab, daß die potentiellen Gegner ebenso handeln.

(-/24.8.1983/ks/ca)

+ + +



Koalitionsstreit auf "BILD"-Niveau  
-----

## Lambsdorff und Strauß zwischen Ehrabschneidung und Lächerlichkeit

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Art und Weise, in der die Koalitionsherren Strauß und Lambsdorff seit einigen Wochen miteinander umgehen, hat endgültig Kabarettreife erlangt. Die jüngste Vorstellung hatte ihren besonderen Pfiff: Der eine (Strauß) bescheinigte dem anderen (Lambsdorff), daß er a) Profilsüchtig sei und b/ womöglich nur von eigenen, ganz persönlichen Schwierigkeiten ablenken wolle, was nur als eine nicht sehr verhohlene Anspielung auf die Verwicklung des Bundeswirtschaftsministers in die Flick-Affäre verstanden werden konnte. Der solchermaßen Angerempelte replizierte mit der nicht sehr originellen, aber im öffentlichen Politiker-Dialog ungewöhnlich platten Feststellung, der CSU-Vorsitzende habe bei all seinen außen-, deutschland- und innenpolitischen Aktivitäten nicht jeweils die Sache, sondern nur das Kanzleramt im Visier.

Dieses Wortgefecht der beiden Koalitionspolitiker ist sowohl dem Inhalt als auch der Form nach enthüllend. Der Umgangston in der Koalition hat eine Tiefe erreicht, ab der für das normale Empfinden eigentlich die Ehrabschneidung durch Preisgabe zur Lächerlichkeit beginnt. Das "Bild"-Niveau, das diese Koalition zum Zwecke ihrer Selbstdarstellung für angemessen hält, wirkt augenscheinlich auf die handelnden Figuren zurück.

Daß beide Seiten im fortgeschrittenen Streit-Stadium nun jeweils nach "Klarstellungen" durch den Kanzler respektive den Vizekanzler verlangen, wie es CSU-Generalsekretär Wiesheu soeben für seinen Herrn wieder tat, hat nachgerade den Charme des Bauertheaters. Nur im Hintergrund steht klar, daß es zumindest für einen Teil ums nackte Überleben geht: Der koalitionsinterne Abnutzungskrieg hat die FDP nahe Null gebracht. Ihre Minister, dem Strauß über den Sommer "die Schau stahl", wie das "Handelsblatt" charakterisierte, Engelhard, der gegen Zimmermann bereits untergegangen ist, und Lambsdorff, der sich mehr mit der Bewältigung seiner Affäre als mit der Arbeitslosigkeit befaßt, sind in einer Weise in den Schatten getreten, daß vor dem drohenden Schicksal einer Splitterpartei offensichtlich die Ausflucht in nur noch närrisch zu nennenden Profilierungsstücken à la Lambsdorff-Strauß gesucht wird.

Die Herren mögen sich selbst lächerlich machen. Politisch wird's erst, wo die Genscher-FDP - auf ein ausgesuchtes Wähler-Publikum spekulierend - die "Wende"-Politik der Entsolidarisierung und der einseitigen Unternehmerbegünstigung noch zu forcieren versucht. Sie trifft bei diesem Unterfangen auf Leute wie Helmo George, aber auch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, der soeben zu erkennen gab, daß ihm die bisher vorgenommene Umverteilung von unten nach oben noch lange nicht ausreichend erscheint.

Hier wird ein Konflikt vertieft, der leicht über die FDP und ihre Überlebensängste hinweggehen wird, aber diese Republik nachhaltiger erschüttern kann, als mancher sich angesichts der aktuellen friedenspolitischen Auseinandersetzungen auszumalen vermag. Eine Fortschreibung des Sozialabbaues bei anwachsender Arbeitslosigkeit könnte wirklich zu dem führen, wovon Lambsdorff jetzt bei seinen Streitigkeiten mit Strauß nur in maßloser Selbstüberschätzung sprach: Zu einer "Destabilisierung der deutschen Politik" durch Aufkündigung des sozialen Friedens.

(-/24.8.1984/ks/ca)

+ + +



Andropow ante portas?  
-----

Alfred Dregger entpuppt sich als willfähriger Aufrüster!

Von Horst Peter MdB

Alfred Dregger war bis jetzt außen- und militärpolitisch nur als Kolonialpolitiker ("deutsche Soldaten nach Arabien") und Putsch-Verteidiger (Chile) aufgefallen. Innenpolitisch schon immer ein "hardliner", übernimmt er nun in seiner neuen Funktion als CDU/CSU-Fraktionschef auch in der Sicherheits- und Außenpolitik (in dieser Bewertung) diese Rolle.

In der letzten Woche hat Dregger ein Bedrohungs-Szenario entworfen, daß die Argumentationslinie der konsequenten Aufrüster in der Regierungskoalition in den nächsten Monaten beherrschen wird.

Seine Begründung einer westlichen Überrüstung enthält drei Elemente:

- die "wahnsinnige Überrüstung" der Sowjets habe zu deren militärischer Überlegenheit geführt
- die "Ideologie des Ostens ist offensiv", der Osten strebe nach Weltherrschaft, die Ideologie des Westens sei defensiv
- ohne Pershing II sei die Bundesrepublik verloren.

Dreggers Einlassungen sind die außenpolitische Ergänzung zu den Kampagnen von Geißler und Zimmermann, mit denen die Friedensbewegung diffamiert, diskreditiert und gespalten werden soll. Wer gegen die Pershing II ist, verkauft die Bundesrepublik an die Russen und unterminiert das Grundgesetz. Dregger erklärt allen Ernstes, daß nur die Pershing II verhindern kann, daß "Moskau endgültig die Hegemonie über Westeuropa erhält", daß die Stationierung unabdingbar notwendig sei "zur Aufrechterhaltung unseres freiheitlichen Systems". Die Pershing erhalten somit Verfassungsrang, die Staatsraison der Bundesrepublik gründet nach Auffassung der CDU/CSU nicht mehr nur in der NATO, sondern auch in einzelnen Waffenarten!

Besser für Dreggers Ruf, nun vielleicht doch ein verantwortlicher Politiker geworden zu sein, und für die Bundesrepublik wäre gewesen, er hätte die Bundesregierung aufgefordert, daß diese die Amerikaner drängt, endlich in Genf ernsthaft zu verhandeln und damit den Weg freizumachen für Abrüstung in Ost und West. Dregger signalisiert aber den Amerikanern die Bereitschaft der Regierungsparteien zur unbedingten und maßlosen Aufrüstung und ermuntert die USA zur zögerlichen Verhandlungsführung. Dieser Weg wird im Scheitern der Verhandlungen und in der Stationierung enden.

Dreggers unterschwelliger Angst - "die Russen werden kommen" und Stationierungsbegründungskampagne muß entschieden entgegnet werden. Wer wie Dregger redet, der will nicht verhandeln, der will aufrüsten, der will die Raketen - und die C-Waffen.

(-/24.8.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

